



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21824 - 33
Fachsreiber 0886590

P/XII/230 - 8. Oktober 1957

Einweise
auf den Inhalt:

Zum Chruschtschow-Interview	S. 1
Sieg des Fortschritts in Norwegen	S. 2
Zu Nehrus Japanbesuch	S. 3
Der rote Mond und die USA	S. 5
"Stahlhelm" wieder runter	S. 7
Hambourg-Block in Scherben	S. 8

Weltpolitische Flurbereinigung?

sp. Überraschend schnell hat der sowjetrussische Parteisekretär Chruschtschow in einem "New York Times"-Interview angedeutet, welche politischen Folgerungen die Sowjetunion aus dem gescheiterten Experiment mit dem ersten künstlichen Mond zu ziehen gedenkt. Sie stehen unter dem Generaltonner: weltpolitische Flurbereinigung mit den Vereinigten Staaten auf der Grundlage friedlicher Koexistenz. Auf dieser Grundlage ist nach den Worten des Generalsekretärs die Sowjetunion auch willens, ihre Raketenabwärtsschancen internationaler Kontrolle zu unterwerfen. Dieses Zugeständnis ist unsso bedeutsamer, als die Westmächte nun unter dem Eindruck der russischen Erfolge in der Raketenforschung die Kontrolle der Weltraumgeschosse in die Liste ihrer Abrüstungsvorschläge aufgenommen haben. Über diese Frage dürfte es demnach keine Meinungsverschiedenheiten mehr geben.

Innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit hat sich Chruschtschow zweimal des amerikanischen Rundfunks und der Presse bedienen können, um seine Ideen an den Mann zu bringen. Wenn umgekehrt auch amerikanische Auffassungen über die Lösung der Weltprobleme in der russischen Presse ihren uneingeschränkten Wiederhall finden könnten, wären wir einen Schritt weiter. Aber jetzt steht zunächst die Frage auf der Tagesordnung, was Chruschtschow unter "friedlicher Koexistenz" versteht. Versteht er darunter die Aufrechterhaltung der Spaltung der Welt in zwei politische und militärische Machtblöcke sowie die Aufteilung in Interessensphären, oder stellt er sich darunter die ständige Zusammenarbeit der heute feindlich gegenüberstehenden Machtzentren vor?

Es sieht so aus, als strebe Chruschtschow die Beantwortung gerade dieser Fragen in einem von ihm offenbar gewollten direkten Gespräch zwischen Moskau und Washington an. Vielleicht war die vierstündige Unterredung zwischen dem amerikanischen Außenminister Dulles und dem russischen Außenminister Gromyko der Beginn des von Chruschtschow angestrebten Zwiegesprächs. Der Punkt zeichnet sich immer deutlicher ab, an dem sichtbar wird, dass bisherige Leitbilder der Bonner im machtpolitischen Blockdenken erstarrten Politik keine Gültigkeit mehr haben.

+ + +

- 2 -

Norwegens Arbeiterpartei wieder an der Spitze

sp. Bei den Parlamentswahlen in Norwegen hat die sozialdemokratische Regierungspartei ihre absolute Mehrheit nicht nur halten, sondern noch weiter ausbauen können. Im Vergleich zur Wahl von 1953 steigerte sie ihren Stimmenanteil von 44,8 auf 46,4 %. Die rechtsliberale Bauernpartei konnte ihre Position leicht verbessern; von 13,6 auf 14,2 %. Die konservative Rechtspartei blieb in etwa stabil (11,4 %); die kirchlich orientierte christliche Volkspartei ebenfalls (12,2 %). Die sozialliberale Venstre-Partei blieb in ihrer bisherigen Position (10,5 %). Verluste erlitten die Kommunisten, die von 4,3 auf 2,9 % zurückgingen.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei führt in Norwegen seit 32 Jahren die Regierungsgeschäfte; seit 12 Jahren mit der absoluten Mehrheit von 77 Mandaten bei 150 Mandaten. Das Wahlergebnis kann als ein grosser Erfolg einer fortschrittlichen Politik in Norwegen bezeichnet werden.

Im Wahlkampf ging es hauptsächlich um innerpolitische Probleme. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand die Sozial- und Agrarpolitik. Obwohl die rechtsliberale Bauernpartei mit grossen Propagandaaufwand versucht hatte, das in Norwegen sehr stark verankerte Genossenschaftsprinzip in der Landwirtschaft zu durchbrechen, folgten ihr die Bauern nicht mehr als im Jahre 1953. Die genaue Analyse des Wahlergebnisses zeigt, dass die Bauernpartei der Sozialdemokratie keine Stimmen abnehmen konnte. Ihr leichter Gewinn geht auf Kosten der konservativen Rechten und der Sozialliberalen. Die Regierungspartei hatte im Wahlkampf den Ausbau ihrer bisherigen Sozialpolitik und die weitere Stützung des bäuerlichen Genossenschaftswesens in den Vordergrund ihrer Propaganda gestellt. Ausserpolitische Fragen, wie z.B. die Zugehörigkeit Norwegens zur NATO, spielten im Wahlkampf eine völlig untergeordnete Rolle. Eine sogenannte linkssozialistische Gruppe, die mit einer Anti-NATO-Politik auftrat, fand bei den Wählern keinen Anklang. Der Verlust der Kommunisten wird vornehmlich auf die internen Auseinandersetzungen in der Kommunistischen Partei Norwegens zurückgeführt, die sofort nach dem 20. Parteikongress der sowjetischen KP eingesetzt hatten.

Neue Perspektiven in Asien?

Der Wunsch, Japan zu sehen, erfüllte ihn schon seit seiner Kindheit, meinte Nehru kurz vor seinem Abflug nach Tokio. Mit diesem Ausspruch rührte er bereits an der Ursache, dass Japan in den letzten Jahrzehnten immer ein wenig ausserhalb der asiatischen Völkerfamilie gestanden hat. Japan war der Kolonialisierung entgangen, weil es sich, wie westliche Soziologen behaupten, die industrielle Technik des weissen Eroberers rechtzeitig und erfolgreich zu eigen gemacht hat. Japan, das ebenfalls auf Aggression eingestellt war, lagte im Gegensatz zu den übrigen asiatischen Staaten Wert auf eine starke Verbindung zum Westen. Noch heute erfreut sich Japan wegen seines Verhaltens während des zweiten Weltkrieges, in dem es grosse Teile Chinas der Philippinen, Formosas, Indochinas, Indonesiens, Malayas und Burmas besetzt hielt, keiner grossen Beliebtheit in Asien.

Von ist Japan seit dem Ende des zweiten Weltkrieges unter amerikanischer Besetzung, und alle Anzeichen deuten daraufhin, dass es trotz dieser Besetzung nicht zu einer anti-amerikanischen Einstellung neigt. Japan weiss sehr wohl, dass es in Japan ein Handelsdefizit nur mit Hilfe amerikanischer Dollars, die durch die Besetzung ins Land kommen - eine "unsichtbare" Einfuhr also - decken kann. Denn wie kaum ein zweites Land in Asien ist Japan aufgrund seiner relativ geringen Bodenschätze und der in beunruhigender Weise wachsenden Bevölkerungszahl auf starke Importe angewiesen, zu deren Deckung eigentlich ebenso grosse Ausfuhren nötig wären. Aber längst ist Japan z.B. nicht mehr der grösste Seidenlieferant der Welt. Auch in anderen asiatischen Staaten hat sich eine derartige Industrie entwickelt, ausserdem ist die oberische Faser zu einer ernsthaften Konkurrenz für die aus Naturprodukten hergestellten Textilien geworden. Japan ist also bemüht, seine Industrie in wesentlichen auf chemische, elektrische und feinmechanische Produktion umzustellen, um seiner Wirtschaft einen neuen Aufschwung und seiner Bevölkerung neue Arbeitmöglichkeiten zu schaffen.

Für viele asiatische Völker wäre Japan, das industriell hoch entwickelteste Land Asiens, ein idealer Wirtschaftspartner. Noch ist ihm der Handel mit China, das den natürlichen Markt für Japan darstellt, verschlossen. Daran braucht Japan auch das übrige Asien als Absatz-

gebiet. Für Länder wie Indien würde der Handel mit Japan viele Vorteile bieten. Die Transportkosten wären weitaus geringer als für Waren aus dem fernen Europa, und das Verständnis der Japaner für die wirtschaftlichen Bedürfnisse und die technischen Begrenzungen der Asiaten ohne Frage grösser als die der Europäer. Hier ergäbe sich ein wichtiges Gesprächsthema für die Ministerpräsidenten Kishi und Nehru.

Japan hat auch erkannt, dass seine politische Zukunft mit der Asiens verknüpft ist. Der Grund dafür ist in der Tatsache zu suchen, dass der Westen sich aus dem asiatischen Raum zurückziehen musste, und es heute ein politisch selbständiges Asien mit einer eigenen politischen Konzeption gibt. Bisher war es Japan aus den erwähnten Gründen und wegen seiner amerika-freundlichen Gesinnung nicht möglich, Freunde unter den Asiaten zu erwerben. Das zeigte sich deutlich auf der Bandung-Konferenz im Jahre 1955, auf der es zwar vertreten war, jedoch nicht gehört worden ist. Zweifellos wird der Japan nun zugesprochene Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ihm einen gewissen Aufschwung in Asien geben. Diejenigen asiatischen neutralistischen Staaten, die gegen Japans Sitz im Sicherheitsrat stimmten, werden sich damit abfinden, dass die Stellung Japans in der Weltpolitik wirklich gekräftigt ist; Nehrus Besuch in Japan bekommt hier seine wirkliche Bedeutung.

Er eröffnet vielleicht noch weitgehendere Perspektiven. Das Motto "Asien der Asiaten" ist heute stärker lebendig denn je. Daher wäre es zweifellos dem zwar eindeutig anti-kommunistischen Japan an einer Annäherung an China gelegen. Das ist aus den früheren engen Beziehungen Japans zu China wohl verständlich, auch wenn China den idealen Markt für die japanische Überproduktion ab und schließlich erhält ein derartiger Gedanke Auftrieb durch die Atomfurcht grosser Massen in Japan. Eine solche Möglichkeit schliesst für Japan auch die Hoffnung ein, über China mit der Sowjetunion zu einem modus vivendi zu kommen. Schließlich käme China, das trotz aller Versuche noch immer nicht Mitglied der UNO ist, die guten Beziehungen zu einem im Sicherheitsrat vertretenen Lande, das auch gleichzeitig ein gutes Verhältnis zu den USA unterhält, zugute. Nehru wäre der rechte Vermittler für eine derartige neue Konstellation, die seine These von der friedlichen Ko-existenz wenigstens in Asien zur Wirklichkeit werden liess. Die Gespräche Nehru-Kishi könnten die Einleitung sein für eine Verlagerung des politischen Gleichgewichts in Asien, das auch seine Wirkungen auf die übrige Welt nicht verdrängen würde.

Erster Schritt zur "Superwaffe" ?

Der Beschuss eines Satelliten in die Kreisbahn der Erde ist ein grosser Erfolg der sowjetischen Wissenschaft. Koch vor 25 Jahren schien es, dass den Russen alles technische Geschick fehle. Komplizierte Maschinen, die ihrer Bedienung anvertraut wurden, waren bald sicher "kaputt". Seitdem ist viel Wasser die Wolga hinabgeflossen. Die Russen verstanden es, sich in vier Jahren die Kernspaltung nutzbar zu machen, sie verfügten noch vor den Amerikanern über die erste "trochone" und transportable, von einem Flugzeug abwerfbare Wasserstoffbombe, und sie starteten im Herbst 1957 erfolgreich die erste interkontinentale Rakete mit einer Reichweite von siebentausend und vielleicht mehr Kilometern. Experten vermuten, dass die Sowjets höchstwahrscheinlich bereits mindestens sechs solcher ballistischer Geschosse erprobt haben. Die Russen schreiten darüber. Sie haben auch den Beschuss des Satelliten in einer nützlichen TASS-Mitteilung West erzählt: Sein Gewicht beträgt 55,5 Kilogramm, seine Form ist eine Kugel, deren Durchmesser 58 Zentimeter beträgt, und seine Geschwindigkeit erreichte 30 000 Stundenkilometer auf der ellipsenförmigen Flugbahn. Für die Dauer des Umlaufs benötigt der Satellit 95 Minuten.

Wissenschaftler und Militärs aller Nationen erregen sich und besprechen das uns noch phantastisch erscheinende Ereignis. Es hat gewiss im Augenblick keine militärische Bedeutung. Aber der Satellit ist der erste Schritt zur bewussten, die Erde ausserhalb der Atmosphäre umkreisenden Rakete, die eine Superwaffe im Weltraum sein würde.

Die Herren um den Besitz einer solchen Waffe hat die UdSSR zu-
Alles die technische Grossmacht Amerika übertrifft. Das Satellitenpro-
gramm war schon nicht mehr nur ein wissenschaftliches Projekt des Geophy-
sikalischen Jahres, nachdem Eisenhower selbst den Start eines Trabanten
angekündigt hatte und die Russen sich gleiches Vorhaben bekannt gaben.
Der erste Start eines Satelliten war also ein Prestigeerfolg geworden.
Die USA können nun nicht mehr den ihr nach wie vor, die monopolartige, füh-
rende Macht der Wissenschaft und der Raketenbesitzer zu sein.

Diesem wird seinen erdichteten Vorgesprung vorzuziehen und Amerika ihn
einholen wollen. So geht der Wettlauf weiter. Im letzten Sinne gilt er

der Rüstung. Der Bau einer Weltraumstation ist von Utopischen gelöst und zu einer realen Möglichkeit geworden. Durch eine solche Station könnte sich eine militärische Macht eine globale Kontroll. sichern. Der "Raketepapst" der USA, Generalmajor Schriever, dessen Verdienst es ist, den Raketenschwung der Vereinigten Staaten mit rund 36 verschiedenen Typen gelichtet und die Forschungen der verschiedenen Sektoren der Streitkräfte koordiniert zu haben, sprach über das Weltraumproblem erst vor wenigen Tagen sehr ernste Worte: "Die Sicherheit der USA und der freien Völker wird von ihrer Überlegenheit abhängen, die sie in der Beherrschung des Weltraums erlangen müssen. Schlachten künftiger Kriege können dort entschieden werden."

Der Abschuss des Satelliten wäre nicht möglich gewesen, wenn die Sowjets nicht auch die Raketentechnik vollendet beherrschten. Sehr vorzüglich wie ich und je hatte das der bundesdeutsche Verteidigungsminister Strauss als "Bluff" bezeichnet. Vielleicht wird er in Japan seines Kanzlers den sowjetischen Satelliten gelegentlich auch nur eine Fortentwicklung der Luftballons nennen. Das dürfte niemanden wundern, aber mit solchen Floskeln ist die entsetzliche Situation nicht zu ändern.

Unterdessen lassen sich Vermutungen über die Beschaffenheit des Satelliten aufstellen. Seine Aussenhaut besteht wahrscheinlich aus einer Legierung von Gold und Magnesium. Der Schutz gilt der mit erhärteten Instrumenten und der inneren drohenden Überhitzung der Aussenfläche. Sie muss deshalb ausserst fein poliert sein. Dann vermag sie mehr als Zweifachmittel des Lichtes zu reflektieren, das im Kosmos auf den künstlichen Mond fällt.

Wir wissen, dass ein Ballon in der Atmosphäre gleichsam schwimmt, dass ein Flugzeug durch den Auftrieb seiner Flügel "fliegt", dass die Raketen mit vielfacher Überschallgeschwindigkeit durch der Röhrenlose ihrer Gase getrieben werden, und dass der sowjetische Satellit nun antriebslos durch den Raum rast. Ihn halten die Zentrifugalkraft und die Gesetze der Schwerkraft allein in seiner Bahn.

Noch ein technisches "Wunder" sei vermerkt: Das Gewicht des russischen Satelliten bedeutet, es ist zehnmal so gross wie das des vorgeschritten amerikanischen Trabanten ist, eine besondere Überraschung. Die Russen müssen daher eine Rakete von ausserordentlicher Leistungskraft besitzen. Ohne jeden Zweifel hat es eine Mehrstufenrakete. Ihre Schubkraft könnte wohl einkundert Tonnen betragen. Die Konstruktion eines gleichwertigen Raketen von einer solchen Schubkraft hat den Amerikanern bisher nicht gelungen.

"Bundesschiesswettkampf"

sp. Sorgen haben die Leute! Damit auch jeder merkt, dass wir bald die Fahrt zum Mond antreten können, hat jetzt der "Stahlhelm" nicht etwa die Organisation des Vorverkaufs von Mondfahrkarten in Angriff genommen, sondern die Vorbereitungen für einen "Bundesschiesswettkampf". Geschossen wird um den Ehrenpreis des ehemaligen Marschalls Kesselring. Aber keineswegs mit Atomkanonen, sondern mit braven Schiessgewehren. Vorderlader sind auch zugelassen.

Das alles hat natürlich seinen besonderen Grund. Gleichzeitig hat nämlich der "Stahlhelm" eine "Botschaft" für ein allgemeines Verbot atomarer Vernichtungswaffen losgelassen. Damit die einfachen Schiessgewehre wieder zu Ehren kommen. Es wäre ja noch schöner, wenn man in Zukunft etwa Kriege mit einem Druck auf den Knopf in irgendeinem Laboratorium entscheiden würde. Da macht der ganze Krieg keinen Spass mehr. Deshalb her mit den Schiessgewehren und dem dazugehörigen Bundesschiesswettkampf!

Auf wen geschossen werden soll, und mit wem man schießen will, sagt der "Stahlhelm" auch. Die Bundeswehr muss stark gemacht werden, und es ist notwendig, "alle anti-bolschewistische Kräfte zusammenzufassen". Da werden die bösen Bolschewisten in Moskau aber Angst bekommen!

Natürlich muss die "Vorkherrschaft des Zivilisten" beim Militär abgeschafft werden. Das geht so nicht weiter, dass jeder schäbige Zivilist, womöglich noch Parlamentarier, den Militärs in ihre wichtige Arbeit hineinreden darf. Die Juristen sollen gefälligst auch ihren Mund halten. Prozesse wie der gegen Schörner sind ein "Anachronismus". Der Mann kann sich zwar an nichts mehr erinnern, aber innerhin hat er seine Pflicht getan.

Da kann man nur sagen. Es gibt immer noch Leute, die nicht merken, dass sie längst zum alten Eisen gehören.

+ + +

Haben Sie CDU gewählt?

Der SPD-Ortsverein Darmstadt hat in der Tagespresse nachstehendes Inserat veröffentlicht:

Haben Sie CDU gewählt?

Dann quittieren Sie diese bedauerliche Entscheidung demnächst auf Ihrer Kohlenrechnung. Wir haben für die Zeit nach den Wahlen eine neue Welle von Preissteigerungen vorausgesagt.

Die CDU hat unsere Voraussage lächerlich zu machen versucht. Nun fordern die Wirtschaftsbarone der Ruhr den Lohn für ihre CDU-Wahlhilfe.

Mit dem Kohlenpreis fängt es an!

Wie wird es enden?

Nächstes Jahr sind Landtagswahlen in Hessen. Dann erinnern Sie sich bitte an das schöne Doppelspiel der CDU-Wirtschaftspolitik, für das Sie jetzt bezahlen müssen.

Hören Sie auf die Sozialdemokraten!

Ortsverein Darmstadt
Der Vorstand

+ + +

Ein verfehltes Experiment

sp. Der Hamburger Block, eine gegen die Sozialdemokratie gerichtete Zusammenfassung von CDU, FDP und DP besteht nicht mehr. Diese gerade für Hamburg widernatürliche Blockgemeinschaft war vor vier Jahren gegründet worden, um die Sozialdemokraten aus der Regierung auszuschalten. Der Block erhielt zwar 1953 eine wenn auch sehr knappe Mehrheit - 52 Block- gegenüber 46 SPD-Mandaten - aber er erwies sich schon bald als ein verfehltes Experiment. Latente Gegensätze kamen wiederholt zum Ausdruck, persönliche und politische Rivalitäten lähmten die Regierungstätigkeit. Der Opportunismus herrschte. Wie unerfreulich sich dies alles auswirkte, zeigt ein Brief des der FDP angehörenden zweiten Bürgermeisters Edgar Engelhard an den Fraktionsvorsitzenden des Hamburger Blocks, Wilhelm Güsselfeld, der auf die Opfer hinweist, die er und seine Freunde bei Meinungsverschiedenheiten gebracht haben. "Es ist mir sehr lieb schwarzgefallen", heisst es in diesem Schreiben, "meinen Mund zu halten, als die erstauktionierten Worte des Bundeskanzlers und Parteichefs der CDU über die Atomwissenschaftler, die er wie Schuljungen abgekanzelt hatte, in der Hamburger Bürgerschaft zur Beratung standen". Das strapazierte Gewissen der FDP liess eine längere Miesshandlung nicht zu und so entschloss sie sich, eine Gemeinschaft aufzukündigen, die in Wirklichkeit schon lange keine mehr war.

Dies schafft für die grösste deutsche Stadt in der Bundesrepublik eine neue Lage, die nicht ohne Einfluss auf die am 10. November stattfindenden Hamburger Bürgerschaftswahlen sein wird. Hamburg braucht eine neue, eine andere und eine bessere Leitung. Wohlgerüstet geht die Hamburger Sozialdemokratie unter der Führung Max Brauers in den Wahlkampf. Bei den letzten Landtagswahlen entfielen auf die SED fast 46 % aller Zweitstimmen und in der direkten Wahl gewann sie sieben von acht Wahlkreisen. Für die Sozialdemokratie bestehen dies gute Chancen, die absolute Majorität zu erringen. Sie wird weisen Gebrauch davon machen, denn ihre führenden Repräsentanten haben wiederholt erklärt, im Falle eines für sie günstigen Wählerentscheides die künftige Regierung nicht allein bilden zu wollen. Unter sozialdemokratischer Führung ist Hamburg stets gut gefahren. Das bezeugt recht sinnfällig der unter Max Brauer erfolgte Wiederaufbau der Hansestadt, der im In- und Ausland die Bewunderung der Sachverständigen hervorgerufen hat.

- + +